

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Außer dem Bundesbeschluß über die Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle ist auch die Vorlage betr. die *Brotgetreideversorgung* durchberaten und in den eidgenössischen Räten angenommen worden. Der Beschluß erfolgte entsprechend den Vorschlägen des Bundesrates, welcher wegen der nach wie vor gespannten Weltlage es als unerlässlich erachtet hat, die noch bestehenden Maßnahmen auf diesem Gebiet vorerst aufrecht zu erhalten. Der Bundesbeschluß gilt bis Ende 1957. Gleichlaufend wie bei der Preiskontrolle ist aber der Bundesrat auch hier verpflichtet, eine stufenweise Lockerung der betreffenden Maßnahmen vorzunehmen. Hierüber hat er den Räten jährlich einmal Bericht zu erstatten. Nach den Zusicherungen des Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes soll mit den Abbaumaßnahmen ernst gemacht werden. Es wird indessen auch in diesem Falle, wie bei der Preiskontrolle, die Pflicht der Öffentlichkeit sein, darüber zu wachen, daß die betreffenden Lockerungsmaßnahmen von der Verwaltung tatsächlich vorgenommen werden und die löbliche Absicht nicht etwa wieder in Vergessenheit gerät.

Aus der Beratung über das *Milchstatut* ist in erfreulichem Sinne festzuhalten, daß es nun gelungen ist, bestimmte Garantien für die Sicherung der Qualitätskontrolle der Milch einzubauen. Nach den Bestimmungen des Statuts muß nämlich die Konsummilch jährlich mindestens einmal einer amtlichen Kontrolle im Sinne der bakteriologischen Untersuchung unterworfen werden. Man wird die Aufnahme dieser Garantie mit einiger Befriedigung zur Kenntnis nehmen, wenn man sich der schweren Auseinandersetzungen erinnert, die über diesen Punkt geführt werden mußten. Es ist nun mit dieser Maßnahme ein weiterer ernster Anlauf in der Richtung der Qualitätsproduktion unternommen, und es ist zu hoffen, daß sich auch unsere Verhältnisse unter dem Druck dieser Maßnahmen im Sinne einer dauernden Sanierung entwickeln, damit unser Land von dem Rückstand befreit wird, in dem es sich in dieser Beziehung im Vergleich zu andern landwirtschaftlichen Produzenten, besonders des europäischen Nordens, befindet.

Im nächsten Herbst dürfte die parlamentarische Behandlung des *bundesrätlichen Sparberichtes* in Gang kommen. Leider wird man diesen Beratungen nicht mit besonderem Optimismus entgegensehen können. Man weiß, daß der Bundesrat tatsächlich an verschiedenen in der Diskussion stehenden Posten wesentliche Einsparungen vorschlägt, aber die Kreise und Institutionen, welche durch diese Einsparungen betroffen werden sollen, sind natürlich auch nicht müßig geblieben. So haben sich insbesondere die am Fremdenverkehr interessierten Gruppen gegen einen Abbau der Bundesbeiträge in diesem Sektor sehr energisch zur Wehr gesetzt; sie haben sogar nicht gezögert, ausgerechnet in diesem Zeitpunkt einen Teuerungsausgleich zu den bisher gewährten Subventionen in Vorschlag zu bringen. Gleichermaßen sind Proteste ergangen von Seiten der Kreise, welche der «Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung» nahestehen. Man kann sich also auf allерhand Widerstände gefaßt machen. Die größten dieser Widerstände werden frei-

lich aus dem Kreise der Landwirtschaft ergehen. So wird man sich auf lebhaftere Auseinandersetzungen einstellen müssen, bei denen auch das grundsätzliche Element, Charakterisierung und Wertung der Subventionen als solche, zur Geltung kommen wird. Angesichts dieser Sachlage ist es doppelt erfreulich, daß inzwischen die beiden *Initiativen*, welche auf die *sparsame Führung des Bundeshaushaltes* abzielen, zu Stande gekommen sind. Sie haben jede *annähernd 100 000 Unterschriften* erreicht. Damit rücken diese Initiativen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses, denn die Zahl der Unterschriften ist eindrucklich und beweist, daß der Ruf nach Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt von weiten Kreisen des Volkes energisch erhoben wird. Um so unverständlicher scheint es uns freilich, daß außer den sozialdemokratischen Blättern auch einige Organe des Bürgertums die beiden Initiativen mit sichtlicher Abneigung begleitet haben. Was bei den Sozialdemokraten aus grundsätzlichen Erwägungen nicht anders erwartet werden kann, erscheint auf bürgerlicher Seite wenig begreiflich. Eine Verminderung der Steuerlast ist doch wohl ohne durchgreifende Maßnahmen zur sparsamen Haushaltsführung der öffentlichen Hand undenkbar; schon aus diesem Grunde scheint die Kritik an der Richtung der Initiativen gerade von bürgerlicher Seite aus unbegründet und schwer verständlich.

In jüngster Zeit sind von gewerkschaftlicher Seite zwei Vorstöße unternommen worden, welche deswegen Beachtung verdienen, weil sie zu einer *Störung des Arbeitsfriedens* geführt haben und in beiden Fällen eindeutig zum Nachteil der betreffenden Gewerkschaften ausgegangen sind. Zweifellos bedeutete der Malerstreik in Zürich eine schwere Belastung des Baugewerbes in der besten Saisonzeit, zumal er sich auf beinahe zehn Wochen erstreckte. Es ist dabei festzuhalten, daß der wirtschaftliche Schaden, welcher durch diesen Streik sowohl dem Unternehmertum als der Arbeiterschaft zugefügt wurde, sich tatsächlich nicht hat rechtfertigen lassen, weil die Gewerkschaft am Ende weniger erreicht hat, als die Unternehmer bereits vor dem Streik zuzubilligen bereit waren. Der Streik ist also für beide Parteien höchst unwirtschaftlich ausgegangen, und er mußte sich insbesondere für die Gewerkschaft und die Arbeiter als eine schwere Belastung auswirken, an welcher diese noch jahrelang zu tragen haben werden. Ähnliche Umstände sind in dem Streik zu Tage getreten, welcher sich in der Wolldeckenfabrik Schwendener in Sils im Domleschg zu Ende des letzten Jahres ereignete. Auch hier war die Kampfmaßnahme von der Gewerkschaft ausgelöst worden, welche damit die Durchsetzung ihrer Ansprüche im Zusammenhang mit einigen Differenzen erzwingen wollte, die infolge notwendig gewordener Entlassungen entstanden waren. In diesem Falle war es der «Schweizerische Textil- und Fabrikarbeiter-Verband», welcher den Streik auslöste, ein Verband, in dem stark linksgerichtete Elemente, teils kommunistischer Observanz, einen wesentlichen Einfluß ausüben. Auch in diesem Falle ist die gewerkschaftliche Kampfmaßnahme ohne Erfolg geblieben. In der Entscheidung, welche unlängst durch das vertragliche Schiedsgericht gefällt wurde, ist der Standpunkt der betreffenden Firma voll geschützt worden. Die Gewerkschaft wurde des Vertragsbruches schuldig erklärt und zu einer erheblichen Buße verurteilt. Diese beiden Fälle lassen fraglos auf eine sehr kampfeswillige Einstellung gewisser gewerkschaftlicher Kreise schließen, eine Einstellung, die wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die finanziellen Machtmittel der Gewerkschaften, welche sich aus den ständigen Leistungen der Arbeiter angehäuft haben, ein beträchtliches Ausmaß erreichen.

Die Ereignisse sind deswegen bemerkenswert, weil sie Perspektiven in Erscheinung treten lassen, welche sich im Falle eines Konjunkturrückschlages in belastender Weise auf den Frieden in der Wirtschaft auswirken könnten.

* * *

Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann beleuchtet in einem bemerkenswerten Artikel die *Entwicklung der weltpolitischen Lage*, wie sie sich in den letzten Monaten ergeben hat. Der Aufsatz trägt den beachtenswerten Titel «Das Ende des Zweimächtesystems» und stellt die Lage in der Weise dar, daß er in erster Linie den Rückgang des beherrschenden Einflusses der Großmächte, besonders der zwei mächtigsten unter ihnen, feststellt. Aus der Fragestellung: Sind die Vier noch so groß und mächtig wie sie es bisher waren? entwickelt er die These, daß die Ereignisse in Ostdeutschland und die Eigenmächtigkeiten des koreanischen Präsidenten Syngman Rhee in Parallele gesetzt werden müßten. Es gelinge, so führt er aus, den Mächten immer weniger, ihre kleinen Alliierten, ihre Satelliten oder die von ihnen abhängigen Länder zu verpflichten. Bei allen kleinen Völkern, bei allen von den Großmächten Beherrschten oder Abhängigen mache sich in immer verstärktem Maß ein Unabhängigkeitsdrang geltend und ein deutlicher Unwille, sich weiterhin zu unterwerfen. Auch ohne die Erkrankung Churchills wäre unter diesen Umständen die Konferenz von Bermuda nicht aktuell gewesen. Dies ergebe sich schon aus der Fragestellung, ob bei einer solchen Konferenz Eisenhower im Namen Syngman Rhees hätte sprechen können, oder der französische Ministerpräsident für Vietnam, Laos und Kambodscha, Churchill für den Nahen oder Mittleren Osten? Und wer, so fragt Lippmann weiter, hätte an einer solchen Konferenz für Deutschland, Japan oder China sprechen können? Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Nachkriegssituation nun zerbreche. So sei die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine rein zeitbedingte Nachkriegerscheinung gewesen, und an die Stelle dieser «Supermächte» trete nun ein Mehrmächtesystem. In der ganzen Welt mache sich eine wachsende Widerborstigkeit, ein wachsender Widerstand oder offene Rebellion gegen die Beherrschung durch eine der Großmächte geltend. Was in diesem Bereiche im besonderen die Sowjetunion betreffe, so habe bereits Marschall Tito seinerzeit die erste Wendung gebracht. Die wilden Reinigungsprozesse bei den Satelliten wären ein weiterer Anhaltspunkt für diese Entwicklung gewesen, an deren vorläufigem Endpunkt die Erhebung in Ostdeutschland stehe. Bemerkenswert bei dieser Entwicklung sei nun, daß die Erhebungen und Rebellionen nicht im Augenblick einer unmittelbaren Zunahme der Unterdrückung und der Ausbeutung eintreten, sondern in einem Augenblick, da man ein spürbares Nachlassen des sowjetischen Griffes habe feststellen können. Revolutionen träten immer dann ein, wenn sich die Macht des Beherrschers ihrem Ende nähere. Dies sei auch bei der französischen Revolution der Fall gewesen, die in dem Augenblick ausgebrochen sei, wo der König weitreichende Reformen veranlaßt habe. Der Verfasser schließt seine bemerkenswerten Ausführungen mit der Feststellung, die Freiheitsbewegung unter den beherrschten Völkern sei nicht auf eine neue Taktik des Kremls oder auf die Unterminierungspolitik der Vereinigten Staaten zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß sich die Völker nun von der Erschöpfung nach dem Ende des Krieges erholt hätten und wieder ihr eigenes Leben führen wollten.

Tatsächlich scheint die neue Lage die Vermutungen des amerikanischen Publizisten weitgehend zu bestätigen. Die Unruhe, welche in dem durch die Sowjetunion beherrschten Bereich eingetreten ist, hat sich inzwischen über Ostdeutschland hinaus in den Raum der Satelliten ausgedehnt. Die Rückwirkungen dieser Bewegung sind freilich noch keineswegs abzusehen. Daß sie eine Schwächung der sowjetischen Macht mit sich gebracht haben, dürfte außer Zweifel stehen. Nun kommt gewiß im gegenwärtigen Augenblick dem Umstand besonderes Gewicht zu, wie der Westen auf diese neue Lage reagiert. Je nach dieser Reaktion kann die Entwicklung sich zum Guten wenden oder zu einer Katastrophe führen. Der zweite Fall träte dann in den Bereich der Möglichkeit, wenn sich der Westen vorzeitig zu einer Offensivaktion entschließen würde, denn es ist damit zu rechnen, daß sich in einem solchen Falle die Abwehrkräfte der Sowjetunion schließen und die Politik des Nachgebens durch eine Politik straffer Verteidigung ersetzt würde. Allein man wird solche Perspektiven kaum ernstlich in Erwägung stellen. Denn der Westen ist, wie Lippmann feststellt, ebenfalls schwächer geworden. Jedenfalls läßt auch auf dieser Seite der innere Zusammenhalt nach. Natürlich ist die militärische und wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten weiterhin unbestritten. Aber darüber hinaus hapert es hier und dort. Korea ist von Lippmann erwähnt worden. Auch in Europa stehen die Dinge nicht zum besten. Italien ist labil geworden. In Frankreich sind offene Krisenerscheinungen bemerkbar, der Rüstungswille läßt weiter nach und die Chancen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stehen schlecht. Westdeutschland kann vor den Wahlen kaum beurteilt werden. In Belgien und Holland schleppen sich die Beratungen über die Verteidigungsgemeinschaft mühsam dahin, und neuerdings sind auch im skandinavischen Bereich unangenehme Erscheinungen bemerkbar. In Dänemark sind Schwierigkeiten entstanden wegen der Gewährung eines Stützpunktes für die amerikanische Luftwaffe, und außerdem besteht das Land darauf, der Sowjetunion Schiffsraum zu liefern, was den amerikanischen Wünschen direkt widerspricht. Man sieht also, die Feststellungen Lippmanns sind nach mancher Richtung begründet. Es sind unter diesen Umständen tatsächlich Zweifel erlaubt, ob der Westen nach seiner inneren Verfassung in der Lage ist, in den Lauf der neuen Entwicklung, die sich im Bereich der sowjetischen Macht eingestellt hat, aktiv und zweckmäßig, aber doch mit Mäßigung, einzugreifen. Churchill allein wäre wohl in der Lage, die Politik des Westens sicher und diplomatisch zugleich zu führen und vor allem unter den Völkern des Westens jene Einigkeit herzustellen, die heute so sehr zu fehlen scheint.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Italien

Wenn der alte Heraklit anlässlich eines philosophischen Sommerkurses im Parnaß nach einer Erscheinung der Jetztzeit Ausschau halten sollte, um seine Theorie vom Fließen aller Dinge schlagkräftig zu beweisen, so darf er mit siegesicherer Miene den ausgestreckten Zeigefinger nach Italien weisen, falls er nicht das Moskauer Wespennest vorziehen sollte: es gibt auf unserem Kontinent kein überzeugenderes Schulbeispiel des «Pantarhei» als

die innenpolitische Situation unseres Nachbarvolkes nach dem 7. Juni.

Obwohl die Italiener im allgemeinen keine besondere Liebe für die Engländer hegen, konzentrierten sie sich diesmal darauf, Wahlresultate hervorzubringen, die den englischen verzweifelt ähnlich sehen: in beiden Ländern gelang es einer Minderheit, die Mehrheit der verfügbaren Parlamentssitze zu erwerben, wobei die Verhältniszahlen verblüffend ähnlich sind. Aber was gäbe wohl De Gasperi nicht dafür, über die kleine, aber geschlossene Mehrheit der englischen Konservativen in Westminster zu verfügen? Schon in den Reihen seiner eigenen Partei, der «Democrazia Cristiana», machten sich gleich nach dem Wahlausgang, anlässlich des Parteikongresses, gefährliche zentrifugale Tendenzen bemerkbar, deren Sprengwirkung in einiger Zeit in Erscheinung treten könnten. Noch weit schlimmer steht es aber um die Kohäsion der vier demokratischen Koalitionsparteien. Bekanntlich gelang es dieser Wahlallianz des Zentrums nicht, die 50,01% der Wahlstimmen zu erreichen, welche ihnen die hart umstrittene Mehrheitsprämie (= 65% aller Parlamentssitze) verschafft hätte. Der Entscheid hing wirklich an einem Faden: es fehlten bloß ca. 54 000 Stimmen, d. h. 2 Promille aller eingelegten Wahlzettel, und wäre nicht eine Million Stimmen (= ca. 4%) als ungültig erklärt worden, so hätte das Zünglein auf die andere Seite ausgeschlagen. Statt daß die vier Wahlverbündeten nun aber mit doppeltem Eifer die prekäre Mehrheit in der Kammer und im Senat durch enges Zusammenstehen zu verteidigen suchen, tut wenigstens ein Teil davon alles Erdenkliche, um sie zu sabotieren.

Man kann die Katzenjammerstimmung der «cuginetti» (kleinen Vettern) der «Democrazia Cristiana» zwar einigermaßen verstehen, schnitten sie infolge des Versagens des neuen Wahlgesetzes doch ganz besonders schlecht ab. Zusammen machte ihre Stimmenzahl beinahe ein Viertel des «cuginone» aus. Während aber der große Cousin mit 261 Kammerstimmen und 116 Senatsstimmen beinahe intakt aus dem Rennen hervorging, erhielten die kleinen demokratischen Wahlverbündeten in der untern Kammer bloß 41 Stimmen, und im «Oberhaus» gar nur deren 9. Die Verärgerung gegenüber dem großen Wahlpartner ist menschlich verständlich, wenn im Grunde auch ganz unberechtigt. Bedeutend weniger begreiflich ist die seither eingetretene Absplitterung Saragats und Konsorten aus dem Lager der Rechtssozialisten, der Sirenentöne zu Nenni auf seiner Linken hinüberpfeff. Ob er diesen Anbieterungsversuch unternahm, um Nenni aus den Händen des «Beschützers» Togliatti zu befreien, oder um weitere Stimmenverluste seiner eigenen Partei nach links zu verhüten, oder weil er ganz allgemein annahm, die Zeit sei reif für ein Linksgalöppchen, bleibt sein Geheimnis. Vielleicht hoffte er auch, als der große Einiger der diversen Sozialistenparteien Italiens in die Geschichte einzugehen, denen seit Jahrzehnten eine klare Marschrichtung fehlt. Die «apertura verso sinistra» dürfte auf alle Fälle eine Episode bleiben.

Welches sind die Gründe, die den betrübenlichen Wahlausgang vom 7. Juni bestimmt haben? Besonders die Amerikaner hört man immer wieder fragen: wie kommt es, daß Italien bei wirtschaftlich viel prekäreren Verhältnissen 1948 bedeutend weniger kommunistische Stimmen aufwies wie heute? Ist demnach unser ganzer Marshallplan ein Schlag ins Wasser gewesen? Demgegenüber ist festzustellen, daß die Lage wohl für die meisten Leute besser geworden ist, aber nur für die wenigsten befriedigend. Viele, die 1948 noch hofften, bald aus der Enge herauszukommen, haben diese Hoffnung heute verloren. Wer jahrelang an jedem 20. oder 25. des Monats nicht weiß wie er seine Familie bis zum Monatsende durchbringen kann, ist für kommunistische Propaganda sehr anfällig, ganz besonders wenn ihm die nötige kritische Veranlagung fehlt, um Schein und Wirklichkeit auseinanderzuhalten. Die Leichtgläubigkeit des Italieners gehört zu seinen bekannten Charakterzügen; die meisten von ihnen wohnen vom Eisernen Vorhang

weit entfernt, und niemand von ihnen kommt mit Flüchtlingen aus dem Ostparadies in Kontakt, so daß die marxistische Propaganda leichtes Spiel hat. Neben der wirtschaftlichen Notlage — die Arbeitslosenziffer bleibt trotz aller Maßnahmen zu ihrer Behebung nach wie vor auf der erschreckenden Höhe von ca. 2 Millionen Personen — spielen aber noch andere Faktoren sehr stark mit. Der Italiener ist und bleibt Individualist. Dem Ich steht der Staat als Erbfeind entgegen, und wer den Staat verwaltet, gehört ipso facto ins Feindeslager. Der Faschismus hat diesem «Urinstinkt» durch die erzwungene Gleichsetzung von Volk, Partei und Staat nur Vorschub geleistet. Kaum war der äußere Zwang verschwunden, so machten sich diese zentrifugalen Kräfte mit verdoppelter Vehemenz bemerkbar. Staatlicher Solidaritätssinn braucht Jahrhunderte zum Reifen. Vergessen wir nie, daß Italien ein halbes Jahrtausend unter Fremdherrschaft stand und die Befreiung noch von unsern Großvätern erlebt wurde. Es ist deshalb kein Wunder, daß fast anarchistisch anmutende Ressentiments gegen alle Obrigkeiten bis heute mitbestimmende Komponenten im politischen Leben unseres Nachbarvolkes geblieben sind. Identifiziert sich diese Obrigkeit dann noch, wie es mit der seit Jahren führenden Partei, der «Democrazia Cristiana», der Fall ist, weitgehend mit der Staatskirche, so werden stets latente antiklerikale Instinkte zur Auslösung gebracht. Es ist kein Zufall, daß gerade in jenen Landesgegenden, die bis vor 90 Jahren unter besonders straffem Regiment standen (die blutrote Romagna mit Bologna gehörten zum Kirchenstaat, der rechtsoppositionelle Süden mit seinen monarchistischen und neofaschistischen Allüren zum erzreaktionären Königreich beider Sizilien), diese Grundwelle der Unzufriedenheit mit der Regierung besonders markant ist. Man ist in diesen Gegenden nicht Kommunist, weil man Rußland liebt, sondern weil man De Gasperi, seine Regierung und seine Partei als Träger der Macht haßt.

Nun nützt sich auch die beste Regierung ab, denn bekanntlich kann man es nie allen Leuten recht machen. So große Verdienste sich das abtretende Kabinett, und ganz besonders der Regierungschef De Gasperi selber, um das Land erworben haben, so schwerwiegend sind gewisse Fehldispositionen gewesen. Ob die konservative Finanzpolitik in einem Lande mit chronischer Arbeitslosigkeit so unbedingt richtig gewesen ist, kann man in guten Treuen bezweifeln. Wir wollen beileibe nicht der Politik der erzwungenen Vollbeschäftigung das Wort reden, aber eine gewisse Elastizität wäre vielleicht von Vorteil gewesen.

Dazu kam die in weiten Kreisen des Bürgertums verbreitete falsche Ansicht,

die kommunistische Gefahr

sei ein für allemal beschworen, weshalb man sich partikularistische Extratouren ins monarchistische oder gar neofaschistische Lager wohl leisten dürfe, um so mehr, als man verhindern müsse, daß die «Democrazia Cristiana» erneut einen durchschlagenden Sieg erringe, der das Land immer mehr unter den Einfluß der politischen Kirchenkreise bringe.

Gerade aus diesen angeführten Gründen glauben wir aber durchaus nicht an die Fatalität eines unaufhaltbaren Abgleitens Italiens ins marxistische Lager. Gewiß, die Situation ist nicht befriedigend, und die Zunahme der roten Oppositionsstimmen (Kommunisten und Linkssozialisten) um volle 10% (von 31% auf 35,5% aller abgegebenen Stimmen) ist alles eher als beruhigend, aber ein vorsichtiger Optimismus ist gleichwohl am Platze. Wer in Italien selber lebt und mit seinem sprichwörtlichen common-sense in tägliche Berührung kommt, urteilt notwendigerweise anders als jemand, der nur indirekt in Kontakt mit dem Lande steht. Während der äußerst hitzigen Wahlschlacht sah es so aus, als ob man einander überhaupt nicht mehr näher kommen würde. Und nun, wenige Wochen später, ist alles wieder auf eine so idyllisch-friedliche Note abgestimmt, daß die Haßplakate aller Parteirichtungen sozusagen über Nacht ganz sinnlos geworden sind.

Eine Direktive, die für alle Parteilager gilt, hat sich aus dem Wahlergebnis herauskristallisiert: die nächste Regierung, welcher Art sie auch immer sei, muß auf sozialem Gebiet noch weit mehr Initiative entwickeln als die bisherigen. Und da muß vor allem das Bürgertum sich noch weitgehend umstellen, was nicht schmerzlos abgehen wird.

Unterdessen hat De Gasperi nach langen, aber fruchtlosen Konsultationen mit allen Parteichefs sein achtetes Kabinett aus der Taufe gehoben. Es gelang ihm nicht einmal, die alten Koalitionspartner der liberalen und republikanischen Parteien zur Mitarbeit zu bewegen, von den Saragatsozialisten ganz zu schweigen. Er wird all sein großes diplomatisches Geschick aufwenden müssen, um die vielen Klippen innen- und außenpolitischer Natur heil umsegeln zu können, und wenn ihm die Dea Fortuna nicht noch sehr tatkräftig zur Seite steht, dürfte ihm die Sturmfahrt kaum gelingen. Aus dem Ministerkollegium sind bewährte Kämpen wie Scelba und Pacciardi ausgeschieden; die Ersatzleute — weitgehend unbeschriebene Blätter — werden ihr Können erst unter Beweis zu stellen haben. De Gasperi könnte sich beinahe den bekannten Mussolini-Slogan von einst zu eigen machen: «*Tiriamo diritto*», denn jedes Abweichen von seiner eigenen Parteilinie der Mitte würde sofort sowohl im eigenen Parteigefüge als bei den andern Parteien zu heftigster Opposition führen. Da die Kommunisten und Nenni-Sozialisten einerseits, die Neofaschisten andererseits von vornherein gegen das «*gabinetto monocoloro*» (Einparteikabinett) stimmen werden, so werden ihm die eigenen christlich-demokratischen Stimmen nur dann eine schwache Mehrheit in der Kammer und im Senat verschaffen können, wenn sich Saragat und Konsorten und die Monarchisten der Stimme bei der kommenden Stellung der Vertrauensfrage enthalten. Der Monarchistenführer Lauro kann mit seinen 40 Stimmen in der Kammer und 16 im Senat das achte Kabinett De Gasperi nach Belieben stützen oder stürzen. Wählt er die zweite Möglichkeit, so wäre wohl ein Kabinett von christlichdemokratisch-monarchistischer Observanz unter Führung eines rechtsstehenden Exponenten der Mehrheitspartei denkbar, das über eine knappe Mehrheit verfügen würde. Eine solche Verschiebung der Achse nach rechts dürfte aber die innenpolitischen Spannungen gefährlich steigern.

Und dabei wäre

eine starke Regierung gerade in diesem Moment notwendiger denn je,

denn sowohl auf innen- wie außenpolitischem Gebiet sind wichtige Entscheide zu treffen. Wird es z. B. De Gasperi, der ja das Außenministeramt beibehalten hat, gelingen, das Bonner Vertragswerk durch Kammer und Senat ratifizieren zu lassen? Wird es ihm glücken, nach Jahren des Haderns mit Tito zu einem Abkommen über die Triestiner Zone zu kommen? Wird er eine Mehrheit für die großen Wiederaufrüstungskosten, für die Fortsetzung des großen landwirtschaftlichen Sanierungswerkes finden — nun, da die amerikanische Hilfe immer weiter zusammenschmilzt?

Auch am wirtschaftlichen Himmel ziehen schwarze Sturmwolken auf. Das große

Außenhandelsdefizit

des Vorjahres hat sich in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres sogar verstärkt (277 Mrd. Lire gegenüber 246 Mrd. Lire vor einem Jahr). In der Europäischen Zahlungsunion hat sich Italiens großer Aktivsaldo durch die monatlichen Passivsaldo von durchschnittlich 25 Mrd. Lire bereits in eine Schuld verwandelt. Kann es seine fast 100%ige Liberalisierung aufrecht erhalten, ohne durch eine Abwertung seinen Waren im Ausland wieder vermehrte Absatzchancen zu gewähren? Wohl werden diese Zahlen ja durch die unsichtbaren Einnahmen, vor

allem aus dem Tourismus, zu seinen Gunsten korrigiert, aber die Zahlungsbilanz mit dem Ausland ist gegenwärtig ungesund passiv.

Neben dem auf vollen Touren laufenden *Fremdenverkehr* ist auch die Entwicklung der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr durch eine 8%ige Steigerung befriedigend.

Recht günstig lauten die Ernteprognosen:

die Getreideernte mit 81 Mio. Dz. war seit Jahren nicht so groß; ähnliche erfreuliche Nachrichten kommen aus den Reis- und Maisgebieten. Die ausgiebigen Regenfälle der letzten Monate haben sich im sonst regenarmen Italien günstig ausgewirkt. Nur die Weinernte dürfte quantitativ und qualitativ nicht den Vorjahren entsprechen.

Italiens nächste Zukunft ist mit Schwierigkeiten gespickt. Aber seine ungebrochene Vitalität, sein unbeugsamer Arbeitswille, seine sprichwörtliche Anpassungsfähigkeit werden auch diesmal die Oberhand behalten.

Peregrinus

Militärische Umschau

Panzerprobleme und Panzerabwehr

Seit März dieses Jahres wurden sukzessive die 170 Panzerkampfwagen französischer Konstruktion AMX—13 geliefert, deren Anschaffung die Bundesversammlung am 11. Dezember 1951 im Rahmen des Rüstungsprogramms bewilligt hat. Nachdem in der ersten Jahreshälfte bereits eine Anzahl Korporale und Leutnants für die kommenden Panzerformationen ausgebildet worden sind, ist am 27. Juli die erste Panzerrekrutenschule in Thun eingerückt. Mit Botschaft vom 15. April beantragte der Bundesrat den eidgenössischen Räten die Ergänzung der Truppenordnung 1951 durch Aufstellung von vier leichten Panzerabteilungen¹⁾. Nationalrat und Ständerat haben die Vorlage in der Junisession beraten, konnten sich aber wegen der Bezeichnung der Einheiten nicht auf einen Beschluß einigen. Dem Antrag des Bundesrates folgend, wollte der Ständerat die Einheiten als Panzerschwadronen bezeichnen, der Nationalrat dagegen als Panzerkompagnien. Im Ständerat wurde darauf hingewiesen, daß wir neben den berittenen Dragonerschwadronen auch Motordragonerschwadronen, Motoraufklärungsschwadronen, Minenwerferschwadronen und Stabsschwadronen besitzen; im Nationalrat wies man umgekehrt darauf hin, daß wir bereits Panzerjägerkompagnien kennen. Wegen dieser bedeutungslosen Namensfrage konnten sich die beiden Räte nicht einigen. Jeder Rat versteifte sich auf seinen Standpunkt und erklärte schließlich am Schlußtag der Session seinen Beschluß als endgültig, so daß nun in der nächsten Session das Einigungsverfahren zwischen den beiden Räten durchgeführt werden muß. Damit keiner der Räte dem andern nachgeben muß, könnte man sich vielleicht auf Panzerbatterien, Panzerstaffeln oder Panzerkolonnen einigen.

Weit wichtiger als diese Namensfrage sind verschiedene andere Panzerprobleme. Die Vorlage des Bundesrates sieht für jede Panzerereinheit einen Zug Fliegerabwehrpanzer vor, doch ist ein AMX-Fliegerabwehrpanzer in Frankreich erst in Entwicklung begriffen, und es ist nicht vorauszusehen, wann diese Entwicklung abgeschlossen sein wird. Wenn nächstes Jahr die vier Leichten Panzerabteilungen auf-

gestellt werden, müssen sie also noch jahrelang auf eigene, gepanzerte und geländegängige Fliegerabwehrgeschütze verzichten. Von den 1951 bewilligten 200 Panzerkampfwagen sind vorerst nur 170 bestellt worden. Sie reichen gerade aus für die vier vorgesehenen Abteilungen, ohne Fliegerabwehrpanzer, doch ist eine Ausscheidung von Reserve- und Schulmaterial in genügendem Umfange nicht möglich. Für die Ausbildung in Rekruten- und Kadernschulen muß daher auf das Korpsmaterial gegriffen werden, das somit bei einer Mobilmachung unter Umständen nur bedingt verwendungsfähig und einsatzbereit ist.

Im Herbst 1950 wurde die Knappheit der Bestände als einer der wesentlichsten Gründe für die Reorganisation des Heeres geltend gemacht, und der Bundesrat stellte infolgedessen für den Zeitpunkt der Einführung von Panzern «eine grundsätzliche Umgestaltung der Leichten Truppen» in Aussicht²⁾. Es galt damals als ausgemachte Sache, daß die Kavallerie gewissermaßen das Mannschaftsdepot für die künftigen Panzertruppen bilde. Ein Jahr später nahm der Bundesrat noch den gleichen Standpunkt ein, für die Aufstellung der AMX-Panzerverbände sei die Auflösung bestehender Verbände nicht zu umgehen, doch sah er nun vor, anstelle der Kavallerie die Angehörigen der Panzerabwehrkp. der Leichten Regimenter und der Divisionen für die Aufstellung der Panzerverbände heranzuziehen³⁾. 1953 aber erklärt der Bundesrat, durch die Aufstellung der vier Leichten Panzerabteilungen werde die Organisation der Leichten Truppen gemäß Truppenordnung 1951 nicht berührt. «Die Zahl der Formationen der Leichten Truppen und deren Sollbestände werden nicht herabgesetzt»⁴⁾. Eine Begründung für diesen Wechsel der Auffassungen sucht man vergeblich. Einer zweiten Botschaft vom 15. April 1953 über die Umschulungskurse für Leichte Panzerformationen ist zu entnehmen, daß rund 2700 Mann aus anderen Truppen zu den Panzerformationen umgeteilt werden sollen⁵⁾. Die Abteilung für Leichte Truppen sammelt und sichtet bereits die Anmeldungen von Freiwilligen für die Umschulung und Umteilung zu den Panzerformationen. Das nun gewählte Verfahren birgt die Gefahr in sich, daß aus allen Truppen gute und beste Elemente zu den neuen Panzerformationen abwandern und führt erneut zu einer Schwächung der erst 1951 mühsam genug sanierten Bestände. Die zusätzliche Aufstellung der vier Panzerabteilungen, ohne Auflösung bestehender Verbände, wird vor allem bei der Rekrutierung zu einer erneuten Bestandesverknappung führen.

Für die Ausbildung der Panzertruppen ist die Schaffung eines neuen Waffenplatzes in der Rhoneebene bei Aigle vorgesehen. Hier ist insofern ein erster Erfolg zu verzeichnen, als die Gemeindeabstimmung dem Projekt mit großer Mehrheit zugestimmt hat, doch sind immerhin noch die Einsprachen von Nachbargemeinden, die vom Waffenplatzprojekt ebenfalls betroffen werden, zu überwinden, bevor das Projekt den eidgenössischen Räten vorgelegt werden kann.

Die Haltung des Bundesrates in der Frage der Auflösung bestehender Formationen zugunsten der neuen Panzerformationen wirkt sich nachteilig aus auf die Aufstellung von Panzerabwehrkp. für die Infanterieregimenter des Auszuges, die schon in der Botschaft über die Truppenordnung in Aussicht genommen war⁶⁾. Personell werden diese neuen Einheiten aus den Infanteriekanonenzügen der Füsilierbataillone gebildet. Als Geschütz ist eine neu konstruierte 9 cm Panzerabwehrkanone vorgesehen, für deren Beschaffung im Rüstungsprogramm 27 Mio Franken eingesetzt wurden⁷⁾. Entsprechend einem bei der Behandlung des Rüstungsprogrammes in den Räten geäußerten Wunsche wurden 50 leichte Pakgeschütze mehr in Auftrag gegeben als ursprünglich vorgesehen war⁸⁾. Trotzdem reicht nun die Zahl der neuen 9 cm Pakgeschütze nicht aus, um sowohl die Panzerabwehrkp. der Infanterieregimenter als auch die nun doch bestehen bleibenden Pak-Kp. der Heereseinheiten und der Leichten Rgt. auszurüsten. Benachteiligt wird wieder einmal mehr die Infanterie, indem die Pak-Kp. der Leichten Truppen ausschließlich auf das neue Geschütz umbewaffnet werden sollen, die Panzerabwehrkp. der Infan-

terie dagegen nur teilweise. Anstelle der noch fehlenden 9 cm Pak müssen auch 4,7 cm Infanteriekanonen verwendet werden. Da die Lafetten der bisherigen 4,7 cm Pak der Leichten Truppen für die neue 9 cm Pak gebraucht werden, ist es nicht einmal möglich, bei der Infanterie wenigstens die 4,7 cm Ik gegen die leistungsfähigere 4,7 cm Pak auszutauschen. So muß sich denn die Infanterie, trotz der Neuorganisation, teilweise noch mit der alten als Infanteriegeschütz vortrefflichen, aber für die Panzerabwehr ungenügenden Ik behelfen, bis weitere 9 cm Pakgeschütze mit einer neuen Lafettierung fabriziert werden können. Zu dieser Verschiedenheit der Bewaffnung gesellen sich auch Unterschiede der Zugorganisation, der Bekleidung und der Zugehörigkeit zu einer Truppengattung, gemäß nachstehender Übersicht:

<i>Einheit:</i>	<i>Panzerabwehrkanonenkompagnie</i>	<i>Panzerabwehrkompagnie</i>
<i>Abkürzung:</i>	Pak-Kp.	Pzaw-Kp.
<i>Unterstellung:</i>	a) Division b) Leichtes Regiment	Infanterieregiment
<i>Geschütze:</i>	9 cm Pak	a) 9 cm Pak b) 4,7 cm Ik
<i>Zugsorganisation:</i>	3 Geschütze	4 Geschütze
<i>Truppengattung:</i>	Leichte Truppen	Infanterie
<i>Unterscheid'sabzeichen:</i>	gelbe Patten	grüne Patten
<i>Waffenplatz für Rekruten- und Kaderschulen:</i>	Thun	Yverdon

Für die genau gleiche Aufgabe sollen also motorisierte Einheiten von zwei verschiedenen Typen aufgestellt werden. Die Schwierigkeiten und Hemmnisse des Staatenbundes und des föderalistischen Bundesstaates hat unser Wehrwesen erfolgreich überwunden. Aus dem Koalitionshcer der kantonalen Kontingente ist eine einheitliche schweizerische Armee entstanden, in der ein Genfer und ein Thurgauer Bataillon, eine Basler und eine Bündner Batterie genau gleich bewaffnet und organisiert sind. Sachlich unbegründete, aber eingefleischte Unterschiede zwischen den einzelnen Truppengattungen sind jedoch noch nicht überwunden. Wir sind im Begriff, neue Unterschiede zu schaffen und damit die Armee noch komplizierter zu gestalten.

Überbordende Kritik

Ein typisches Beispiel unsachlicher Angriffe veröffentlichte die Basler «National-Zeitung» im Mai dieses Jahres. Auf Grund des zeitlichen Zusammenstreffens von drei schweren Unfällen in Rekrutenschulen, wobei zwei Rekruten getötet wurden, ritt auf der Frauenseite eine «Bubenmutter» eine heftige Attacke «gegen die viel zu zahlreichen Unfälle in den Rekrutenschulen»⁹⁾. Sie verlangte, daß Rekruten mit der Ehrfurcht, die man jedem Lebewesen schuldet, behandelt werden und forderte, daß Sicherheitsmaßnahmen strikte befolgt und militärische Unfälle mit derselben Schärfe wie die zivilen untersucht werden. Bei allem Bedauern um die hoffnungsvollen Opfer solcher Unfälle konnte der Chef des EMD in seiner persönlichen Antwort an die «Bubenmutter» darauf hinweisen, daß die militärischen Instanzen ständig bemüht sind, die Unfälle in der Armee zu bekämpfen und die Gefahren nach Möglichkeit einzudämmen, soweit dies das Ziel der militärischen Ausbildung erlaubt¹⁰⁾. Mit ihren Forderungen stoße die Bubenmutter offene Türen ein, denn alles, was sie verlange, sei auch das selbstverständliche Verlangen aller militärischen Instanzen, die auf allen Stufen bemüht seien,

technische Mängel und menschliches Versagen nach Möglichkeit auszuschalten. Bundesrat Kobelt berührte auch die merkwürdige Erscheinung, daß Unglücksfälle, ohne erkennbare Zusammenhänge, oft serienmäßig auftreten, als wahre «Pechsträhnen», worauf dann wieder Monate vergehen können ohne jeden ernsthaften Unfall, trotz intensiver Ausbildung. Wie erfolgreich die Bemühungen aller militärischer Stellen für die Vermeidung von Unfällen sind, beweisen einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht des EMD und aus der Staatsrechnung. Darnach leisteten im Jahre 1952 475 000 Wehrmänner rund 10 450 000 Tage Militärdienst und verschossen dabei für rund 30 Mio Munition verschiedenster Art. In allen Schulen und Kursen der Armee ereigneten sich 34 Todesfälle, davon 24 durch Unfall, 7 infolge Krankheit und 3 Selbstmorde. Von den 24 Todesfällen durch Unfall ereigneten sich 3 infolge Flugzeugabsturz, 11 mit Motorfahrzeugen, einer mit anderen Fahrzeugen, 2 mit Schußwaffen, einer durch Ertrinken und 6 durch anderweitige Unfälle. Das gibt ein Verhältnis von *einem* tödlich verunfallten Soldaten auf 19 791 Wehrmänner, auf 435 416 Dienstage oder auf 1.25 Mio Munitionsverbrauch. Demgegenüber weist der zivile Straßenverkehr im gleichen Jahre 1952 37 440 Unfälle mit 22 086 Verletzten und 879 Toten auf¹¹⁾. Ein Vergleich der beiden Totenzahlen ergibt für die Armee zwei Unfalltote pro Monat, für den zivilen Straßenverkehr zwei Unfalltote pro Tag. Für das Jahr 1952 beträgt das Verhältnis der durch Unfall getöteten Soldaten zu den tödlichen Opfern des Straßenverkehrs 1 zu 36.

Ergänzend seien hier noch einige Zahlen für das Jahr 1952 aus der *Schießschule Walenstadt* veröffentlicht. Während vier Schießschulen für Subalternoffiziere und im Kombinierten Schießkurs wurden von Kursteilnehmern und von den zahlreichen Übungstruppen die folgenden Munitionsmengen ohne jeden schweren Unfall verschossen:

- 498 800 Patronen mit Gewehren und Maschinengewehren,
- 31 000 Patronen mit Maschinenpistolen,
- 360 Granaten mit 4,7 cm Ik,
- 1 837 Granaten mit 8,1 cm Minenwerfer,
- 2 043 Handgranaten verschiedener Modelle,
- 1 400 Liter Flammöl mit Flammenwerfer,
- 162 Granaten mit der 7,5 cm Pak des Panzerjägers G 13,
- 750 Granaten mit 10,5 cm Kanonen,
- 774 Granaten mit 10,5 cm Haubitzen,
- 495 Granaten mit 12 cm Schweren Minenwerfern.

Es braucht wahrhaftig eine gute Ausbildung von Soldaten und Führern, eine sorgfältige Anlage der Schießübungen, eine peinliche Beachtung der Sicherheitsvorschriften, die Anordnung und Überwachung zahlreicher Sicherheitsmaßnahmen und größtes Verantwortungsgefühl der Vorgesetzten auf allen Stufen, um derartige Mengen von Munition und Flammöl in zahlreichen gefährlichen Übungen und Demonstrationen ohne einen einzigen schweren Unfall zu verschießen.

Um so befremdlicher ist es, daß die Redaktion der Basler «National-Zeitung» die haltlosen Übertreibungen einer Bubenmutter ohne Überprüfung und Kontrolle veröffentlichte, zu der auch die Zeitungsredaktionen, anhand von Geschäftsbericht und Staatsrechnung, ohne weiteres in der Lage sind.

Ein weiteres Beispiel überbordender Kritik lieferte die Freiburger Presse, die im März berichtete, durch Artillerieschießen seien in Wäldern und Feldern am Moléson bedeutende Schäden angerichtet worden. Obgleich damals, infolge des tiefen Schnees, jede objektive Schätzung unmöglich war, wurde sogar eine Schadenssumme von Fr. 50 000.— genannt. Am 9. Juni hat der zuständige Feldkommissär

an Ort und Stelle alles in allem Schäden im Betrage von Fr. 150.— festgestellt. «Es ist äußerst bedauerlich und kaum verständlich», erklärt die Militärdirektion des Kantons Freiburg in einer amtlichen Mitteilung, «daß vor jeder offiziellen Schätzung so starke Übertreibungen veröffentlicht werden konnten»¹²⁾.

In diesem Zusammenhang ist die kürzlich in allen Zeitungen bekanntgegebene Pressekonferenz des Oberauditors zu erwähnen, in der festgestellt wurde, daß in der Thuner Pferd demordaffäre herzlich wenig für eine militärgerichtliche Beurteilung übrig geblieben ist. Die von der «Nation» inszenierte Polemik mußte als Propaganda herhalten, um möglichst viele Abonnenten und Inserenten der sterbenden «Nation» für die Ersatzzeitung «Schwarz auf Weiß» zu gewinnen. Diese Polemik hat dem Ansehen der Armee im In- und Ausland sehr geschadet. Daher muß das Vorgehen der «Nation» als ein *Mißbrauch der Pressefreiheit* gekennzeichnet werden.

Miles

1) Botschaft vom 15. April 1953 betr. die Abänderung der Organisation des Heeres, Bundesblatt 1953 I S. 865. 2) Botschaft vom 10. Oktober 1950 betr. die Organisation des Heeres, BBl. 1950 III S. 112. 3) Botschaft vom 23. Oktober 1951 über die Beschaffung von Panzern, BBl. 1951 III S. 280. 4) Botschaft vom 15. April 1953 betr. die Abänderung der Organisation des Heeres, BBl. 1953 I S. 865. 5) Bundesblatt 1953 I S. 871. 6) Botschaft vom 10. Oktober 1950 betr. die Organisation des Heeres, BBl. 1950 III S. 112. 7) Botschaft vom 16. Februar 1951 betr. das Rüstungsprogramm, BBl. 1951 I S. 580. 8) Botschaft vom 15. April 1953 über die Abwicklung des Rüstungsprogramms, BBl. 1953 I S. 874. 9) National-Zeitung vom 10. und 31. Mai 1953. 10) National-Zeitung vom 4. Juli 1953. 11) Berner Tagblatt vom 10. Juli 1953. 12) Berner Tagwacht vom 9. Juli 1953.